

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.

Bezugspreis wird monatlich festgelegt.

Bestellungen nehmen alle Postämter und die Verteilungsstellen, die Zeitungsboten und die Geschäftsstellen, Zigarrenhändler, entgegen. In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsänderung usw. ersucht jeder Abnehmer auf Verlangen bezgl. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprechkennzeichen Nr. 224.

Amtes- und
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Beilagenblatt 30 Goldpfennig, einzeln, Anzeigener, Spaltenweite und abdruckerischer Satz mit Ausschlag. Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher ebeden.

Telegr. Adresse: Zeitung Annaburgbehal.

Nr. 19.

Sonnabend, den 11. Februar 1928.

31. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Reichspräsident von Hindenburg richtete an Reichstanzler Dr. Marx einen Brief, in dem er seine Bedenken gegen eine vorzeitige Auflösung des Reichstages ausdrückte.
* Vor dem Haushaltsausschuss des Reichstages legte der neue Reichswehrminister Gröner seine Ansichten über die Reichswehr und ihre zukünftige Entwicklung dar.
* In Dienenhofen wurden bei einem Straßenbahnunglück 17 Personen getötet.
* Im Englischen Unterhaus erklärte ein Regierungsvertreter, England würde eine baldige Vereinbarung zur Räumung des Rheinlandes begrüßen.
* In Hannover fanden mehrere Versuche statt, eine Anzahl kleinerer Gebäude zu verheizen.

Der Reichspräsident an Marx.

Für Erledigung der dringenden Aufgaben.
In die noch immer andauernde innere Spannung hat nunmehr Reichspräsident von Hindenburg eingegriffen, als er einem Brief an den Reichstanzler Marx richtete, in dem er seine Bedenken gegen eine vorzeitige Auflösung des Reichstages ausdrückte. In dem Brief an den Reichstanzler Marx richtete, in dem er seine Bedenken gegen eine vorzeitige Auflösung des Reichstages ausdrückte. In dem Brief an den Reichstanzler Marx richtete, in dem er seine Bedenken gegen eine vorzeitige Auflösung des Reichstages ausdrückte.

Die parlamentarische Lage.

Die Führer der Regierungsparteien wurden durch den Reichstanzler von dem Brief des Reichspräsidenten unterrichtet. Wie man annimmt, ist deshalb in der Donnerstagssitzung der Zentrumsfraktion auch kein Beschluss gefasst worden, weil man sich einer neuen Situation gegenüber sah. Freitag vor der Interfraktionellen Ausschuß der Regierungsparteien durch den Großen Sekretär einberufen und in hoffnungsvollen Freisen nahm man an, daß vielleicht hier schon eine Entscheidung zustande kommen werde. Die Sitzung der Zentrumsfraktion wurde abermals verschoben, und zwar auf Freitag nachmittags. Weiter aber wollte man wissen, daß die verfassungsrechtliche Fraktion die Abgeordneten Golz und Funke beauftragt habe, in der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses mitzuteilen, daß neue Kompromißvorschlüsse die völksparteilichen Beschlüsse, an ihrer Haltung in den Schulfragen festzuhalten, nicht mehr ändern können. Unberücksichtigt wollen die Deutschnationalen, dem Vermehren nach, jede Verschönerung der Krisenlösung vermeiden sehen.

Deutschnationale Vermittlungsvorschläge.

Die von deutschnationaler Seite versuchte Vermittlung soll in einem Vorstoß bestehen, nach dem in den Simultanprojekten Hesse und Baden private Volkshochschulen mit staatlicher Hilfe errichtet werden können. Das Zentrum soll diesen Vorstoß als dislozierbar bezeichnen, wenn ausgedrückt werde, daß die staatliche Unterstützung für solche funktionellen Schulen

gewährt werden müsse. Aus der Reichstagen Parteipartei soll man aber geküßert haben, auch ein solcher Plan ändere nichts an ihrer Stellung.
Ob und inwieweit der Brief des Reichspräsidenten Wirkung auf die Parteien haben wird, war am Freitagabend noch nicht abzusehen.

Programmativische Erklärungen des Reichswehrministers.

Reichswehr und Staat.
Im Haushaltsausschuß des Reichstages führte Reichswehrminister Dr. Gröner aus, er werde sich zunächst bemühen, in das pulsierende Leben der Reichswehr einzudringen, die Eigenart der uns ausgleichenden Organisation zu studieren. Wir können keine Streifenführung großen Stils mit unserem 100.000-Mann-Heer der 19jähriger Dienstzeit mehr machen, und so komme ich dem Kaiserminister durchaus zu in dem, was er über die französischen Aufstellungen und Sicherheit ausgesprochen hat. Ich sehe also meine Aufgabe im Sinne einer neuen Entwicklung. Wir werden alles tun, um die Grenzen zu schützen, um in Zeiten politischer Spannung die Neutralität sicherzustellen, damit unsere Volkstugend für ihre Tätigkeit hat und damit wir die Sicherheiten gegen Grenzverletzungen jeder Art besitzen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, muß unter keinem Heer mehr die Schlangengasse und Mauerbauweise bestehen. Aber die Aufgaben im Innern des Staates möchte ich, so erklärte der Minister, betonen, daß ich wünschen möchte, daß die Zeit der inneren Störung abgeklungen ist und die Reichswehr nicht mehr in eine innere Störung eingezogen brauche. Aber zu unerschrocken ein Eingreifen im Innern ist, so muß die Reichswehr doch unter allen Umständen bereit sein und die Sicherheit geben, daß niemand es wagt, an einen Aufmarsch zu denken.

Die Reichswehr ist ein Instrument der verfassungsmäßigen Regierung und der Verfassung. Wir wollen das Vertrauen der Bevölkerung in weitem Maße besitzen. Wir werden dem Staat und seinen Verbänden die größte Achtung und Ehrerbietung entgegenbringen. Ich werde nicht dulden, daß gegen dieses selbstverständliche Gebot verstoßen wird.

Die Tradition sehe ich nicht in Außerachtlassung. Ich sehe sie innerlich, wie das selbst und verlange von jedem Angehörigen der Reichswehr, daß er die Vergangenheit mit sich bringe. Die Taten der Väter und die Ehre des heutigen Volkes, auch in der Vergangenheit hoch hält. Das alte Heer gegen im Vaterlande und in der ganzen Welt großes Ansehen. Was es richtig, daß wir die Taten unseres glänzenden Kriegsinstrumentes geringer als einer unserer Feinde einschätzen? Ich bin der Meinung, daß wir die Taten, die uns mit der Vergangenheit und dem alten Heer verbinden, pflegen müssen. Ein Hinnehmen der Reichswehr in das parteipolitische Getriebe ist unzulässig. Eine Vereinfachung nach parteipolitischen Rücksichten müssen wir kraft zurückweisen. Was wir als Führer brauchen, sind Köpfe mit politischem Verständnis und mit volklichem Takt. In diesem Sinne ist in den letzten Jahren bereits vieles besser geworden. Die Reichswehr hat sich bemüht, den politischen Takt zu haben. Leider begreife man einer gewissen

Reichswehrferndigkeit bei der Presse. Kritik ist unfeindlich, aber sie muß sachlich und gerecht sein. Was das alte Heer ein hartes Band der Reichswehr war, so wird hoffentlich auch die Reichswehr ein solches hartes Band bleiben. Wir haben keine heimlichen Absichten. Unser größter Wunsch ist aus der völkischen Dreiecke herauszutreten.

Von der Truppe selbst habe ich den besten Eindruck gewonnen; aber selbstverständlich muß ich nicht über die Einzelheiten noch unterscheiden, namentlich, wie es mit dem Menschenmaterial, mit der Demoralisierung und der Ausbildung steht. Bei dem gegenwärtigen großen Angebot an Menschen liegt die Gefahr vor, daß man manchmal nach der einen oder anderen Seite hinsehen. Die körperlichen und geistigen Fähigkeiten eines modernen Soldaten müßten hoch entwickelt sein. Früher ließ es nur Drill. Der Minister bespricht dann die Ausbildungs-, Erziehungs- und Versorgungsfragen bei der Reichswehr. Es sei zu hoffen, daß die Selbstreform mehr und mehr beschleunigt werde. Der Minister erklärt weiter: „Wir wollen uns absolut loyal dem Staat und seinen verfassungsmäßigen Organen zur Verfügung stellen.“

Schließlich kam Reichswehrminister Gröner auf die Rhöndus-Angelegenheit zu sprechen. Er berichtete hierüber, daß Karlstein Lohmann aus einem Sonderministeriums zunächst 15 Millionen Mark der Rhöndus-Gesellschaft zur Verfügung gestellt, seinen Vorgesetzten aber nicht geklärt habe, um die Sache möglichst geheimzuhalten. Mit den Mitteln sollte der Bau von vier Vertikalhäusern durch den Film unterstützt werden. Zwar ist der

Kredit an die Rhöndus noch erlosch worden. Der Minister betonte zum Schluß, daß keinerlei Sondermittel mehr zur Verfügung stehen. Für die Zukunft sehe er dafür ein, daß derartige Fälle von illegaler Selbständigkeit nicht mehr vorkommen.

Englischer Standpunkt zur Rheinlandräumung.

Baldige Vereinbarung in England willkommen.
Der Arbeiterabgeordnete Vurion richtete im Unterhaus die Anfrage an die Regierung, ob England nicht erwidern wolle, gegenüber der Forderung, daß die deutsch-französische Grenze durch den Seemannsvertrag garantiert werde, die Zurückziehung der englischen Truppen aus dem Rheinland vorzunehmen.
Unterstaatssekretär des Auswärtigen Lord-Lampson erklärte in seiner Antwort, es sei von einer vorzeitigen Zurückziehung der britischen Truppen, die unter den gegenwärtigen Umständen seiner Ansicht nach keinen Vorteil bringen werde, nicht die Rede gewesen. Eine allgemeine Räumung des Rheinlandes vor der im Vertrag von Versailles niedergelegten Zeit könne nur das Ergebnis einer Vereinbarung zwischen den Mächten einzelweis und der deutschen Regierung andererseits sein. Wenn eine solche Vereinbarung möglich wäre, so würde sie der britischen Regierung sehr willkommen sein. Zweifel an dem Wert der Doctrinverträge können aus der bisher beobachteten Truppenbewegung nicht gezogen werden.

Weiter antwortete Lord-Lampson auf eine Frage, die sich auf Kellogg's Erklärung hinsichtlich der Abschaffung der Unterseeboote bezog. Lord-Lampson erklärte, der Standpunkt der britischen Regierung zugunsten einer allgemeinen Abschaffung der Unterseeboote sei bereits auf der Konferenz in Washington 1921 dargelegt und auf der letzten Marineministerversammlung in Genf erneut vertreten worden. Die wichtigste Vorbedingung sei, daß die Abschaffung allgemein erfolge.

Deutscher Reichstag.

(377. Sitzung.) CB. Berlin, 9. Februar.
Die zweite Lesung der Vorlage zur Änderung des Wählergesetzes wurde in der Sitzung des sozialdemokratischen Antrag, der § 1 des Wählergesetzes unverändert in der alten Fassung zu belassen, die zwar eine Aufhebungslage vorschlägt, aber kein Stimmabgabungsverfahren, wird in namentlicher Abstimmung mit 159 gegen 148 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt. § 1 wurde in der neuen Fassung mit dem Stimmabgabungsverfahren angenommen.
In namentlicher Abstimmung wurde ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, der auch nach Ablehnung des Abänderungsantrags die Räumung durch den Mieter die gerichtliche Nachprüfung der vom Vermieter geltend gemachten Stimmabgabelage und die Räumung des Mieters, die Wohnung zu räumen, als Widerspruch gelten lassen will, mit 165 gegen 154 Stimmen abgelehnt.
Nach weiterer Aussprache wurden die Abänderungsanträge der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und der Wirtschaftspartei abgelehnt. Angekommen wurde die von den Regierungsparteien beantragte Zulässigkeit der Räumung von Mietwohnungen unter gewissen Sicherungen, zu denen eine Mitteilung des Betriebsrats gehört.
Auf gemeinsame Anträge hin wurde beschlossen, daß die Novelle am 1. April 1928 in Kraft tritt und bis dahin die bisherige Fassung des Gesetzes gilt.

Im übrigen bleibt es bei der Ausschussvorlage. Da der Entwurf aus in dritter Lesung beraten ist, wurde die Schlußabstimmung für Freitag in Aussicht genommen.
Das Haus vertagte sich auf Freitag.

(378. Sitzung.) CB. Berlin, 10. Februar.
Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Vorlage zur

Änderung des Reichsmietengesetzes.
Nach der Vorlage sollen die Vorschriften des Reichsmietengesetzes keine Anwendung finden auf Mietverträge, die über frei geworbene oder frei werbende Räume nach dem 31. März 1928 auf mehr als zwei Jahre neu abgeschlossen werden und sich entweder ausschließlich auf Geschäftsräume oder auf solche Räume beziehen, die abgesehen von Küche, Nebenküche und Nebenbalkon sind mindestens sechs Wohnräume mit mindestens 100 Quadratmeter Wohnfläche haben. Dies gilt nicht im Falle des Zaufusses, wenn die Mieter in die beiderseitigen Mietverhältnisse eintraten.
Auch Reichsminister (223) best. hervor, daß über den Entwurf selbst keine großen Meinungsverschiedenheiten beständen. Das Gesetz an sich sei aber sehr verbesserungsbedürftig. Der Minister kündigte an, daß seine Freunde im Ausschuss die Beratung der Vorlage auf Freitag in Aussicht genommen, die Beratung der Hauszinssteuer ausschließlich für den Wohnungsbau beantragt würden.

... vgl. Winnefeld (D. W.) begründete einen Antrag, das Wohnungsmangelgesetz mit dem 1. April 1928 aufzuheben und die Wohnungsgesetze und die Mietrechtsänderungen in der Reichsversammlung mit dem 1. April 1928 einzuführen.

Herr Dr. Jahl (D. W.) forderte Befestigung der Zwangsverpflichtung, die ungenutzte Opfer geordnet hätte. Sie hätte Eingriffe in die Familie gebracht, die Freizügigkeit aufgehoben, Geschäftsfreiheit beseitigt und hohe Steuern für den Wohnungsbau gebracht. Ein allmählicher Abbau der Zwangsverpflichtung sei daher unbedingt erforderlich.

Herr Dr. Eule (D. W.) will alle nach dem 1. Januar 1928 abzufälligen neuen Mietverträge von den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes befreien.

Herr Götlich (Komm.) erklärte, der Forderung des Arbeiters und des Sozialministeriums, man denke nicht an weitere Mietsteigerung, nicht zu trauen. Er beantragte, das Gesetz bis 1932 zu verlängern.

Herr Dr. Heininger (Dm.) wies auf die bedenkliche Tatsache hin, daß 16 Prozent des gesamten deutschen Hausbestandes sich in den Händen von Ausländern befinden.

Annahme der neuen Wohnungsgesetze.

Darauf wurden sämtliche Änderungsanträge abgelehnt, das Gesetz selbst in zweiter und dritter Lesung nach den Ausschlußschritten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten, Nationalisten und Nationalsozialisten angenommen. Annahme fand auch eine Entschließung der Demokraten, auf die Länder einzurufen, damit größere Mittel für die Hauszinssteuer für die Erhaltung des Altbausbestandes zu möglichst günstigen Bedingungen an Vermieter dieser Häuser abgegeben würden, und eine Entschließung der Regierungsparteien, die Länder müssten veranlaßt werden, für die räumliche Unterbringung der Künstler zu sorgen.

Die erst zurückgelegte Schlussabstimmung über die Resolution zum Mietrechtsgesetz ergab deren Annahme mit derselben Mehrheit wie beim Reichsmietengesetz.

Gesamt des Reichsarbeitsministeriums.

Damit verbunden ist die erste Lesung einer vom sozialpolitischen Ausschuss der Reichsversammlung zum Mietrechtsgesetz. Danach soll der Reichsrat über, wenn dieser es unterläßt, der Arbeitgeber oder, wenn auch dieser verweigert, der Vorsitzende des Arbeitsgerichts nach Ablauf der Wahlperiode einen neuen Wahlvorstand bestellen. Den Arbeitgebern wird ferner unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Reichsversammlung die Befugnis erteilt, die Reichsversammlung zu befrachten.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

erklärte, die Tariffrage der meisten Berufe hätten im abgelaufenen Jahre mindestens gleichen Schritt mit der Steigerung der Lebenshaltungskosten gehalten; der Minister ging weiter auf die Frage der internationalen Abmachungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik ein, wozu bei der Reichsversammlung es darauf ankommt, die ratifizierten Abkommen auch wirklich durchgeführt zu werden. Zunächst habe die Internationale Arbeitsarbeit ohne inneren Wert. Die englische Regierung wollte offenbar

das Sozialistenamt beschleunigen, nicht ratifizieren, denn sie hätte keine Neigung auf der nächsten Arbeiterversammlung beantragt. Trotzdem müsse das deutsche Arbeitsgesetz, dessen Beratung im Reichsrat ihrem Ende entgegenstehe, wieder verhandelt werden. Die Anfrage zur Reichsversammlung sei gegenüber 1926 von 100 auf 170, also um rund 70 Prozent, gestiegen. Der Minister kam in diesem Zusammenhang auf den

Konflikt in der Großindustrie zu sprechen. Er stellte fest, daß bei den Verhandlungen im Dezember allseitig davon ausgegangen worden sei, daß neuemehrere Verhandlungen notwendig seien. Gerade das sei mit dem Reichsrat vereinbart worden, der auf die Einführung des Reichslohensystems.

Ein Wohnungsbauprogramm

auf viele Jahre im Voraus hat der Minister für unmöglich, da die Raumverhältnisse von der jeweiligen Lage auf dem Gebiete und Kapitalmarkt abhängen. In dem kommenden Jahre wolle der Minister die tragende erdreichbaren Kapitalien dem Wohnungsbau zu Gute kommen lassen. Er deutete an den Erfolg der Kapitalertragssteuer für Handwerker und Kommunalbeamte, die er einbringen werde, der Bau- und Bodenkreditbank und eine Reichsbürgschaft für Zwischenkredite. Die ungenutzte

Entwicklung des Arbeitsmarktes in den letzten Monaten, so fuhr der Minister fort, scheint sich wieder zum Besseren zu wenden. Für das Anwachsen der Zahl der Beschäftigten vermag man in der Reichslohnversicherung auf rund 14 Millionen sei offensichtlich die besonders harte Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen, daneben auch gewisse Nebenverordnungen bei der Durchführung des Lohnensystems. Die Durchführung der Arbeitslosenversicherung werde strenger gestaltet werden müssen. Die Verwaltungsreform der Sozialversicherung vertritt der Minister mit aller Energie anzugreifen. Der Sozialetat von 3 Milliarden sei ein sehr hoher. Die notwendige Sparmaßnahme dürfe auch die endgültige

Lösung der Kleinrentnerfrage bisher verbinden. Die Reichsregierung in ihrer Gesamtheit sei der Auffassung, daß die Entscheidung darüber nur im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Gesamtsystems getroffen werden könne. Der Minister befristete sich dann mit der Landkredit.

die sich bis weit in die bayerischen Kreise hinein zu erstrecken drohe. Eines der wichtigsten Mittel, ihr zu steuern, sei das Zielungssteuern. Hier sei mancherlei gefordert, aber noch lang nicht genug. Der Wehrverbot solle schließlich, die Sozialpolitik verfolge eine andere Richtung. Das zeige ein Bild, das auf die Zeit vor der Säbren.

(333. Sitzung.) t. Berlin, 9. Februar.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Inhalts des Wohlfahrtsministeriums.

Nach dem Berichterstatter ergab preussischer Wohlfahrtsminister Striffler das Wort zu einer Rede über den Gesundheitszustand der preussischen Bevölkerung. Er betonte, daß der Verlust der überlebenden Krankenheiten 1927 im großen und ganzen günstiger gewesen sei als 1926. Ein weiteren Ausführungen des Ministers ist zu entnehmen, daß in der Gesundheitsberichterstattung die Einführung einer schulpflichtigen Überwachung aller Entlassenen weiter so weit fortgeschritten sei, daß jetzt etwa 32 Millionen Einwohner Preussens schulpflichtig verfolgt seien und daß nur noch etwa fünf bis sechs bis acht Millionen ein schulpflichtiger Dienst seien. Die zehnte und elfte Klasse der Entlassenen sind in der Landapotheke, Sorge. Die Kurpflegerische drohe zu einer außerordentlichen Gefahr für die Volksgesundheit zu werden. Preußen habe das ganze Material der Reichsregierung vorgelegt und weitergehende Verhandlungen angestrengt.

Zum Schluß befaßte sich der Minister mit der Bevölkerungsbewertung im Jahre 1927. Nach statistischen Ermittlungen habe die Bevölkerung im Sommer 1926 von 11,5 auf 10,9 auf 11,6 im Jahre 1928 abgenommen sei aber im ersten Halbjahr 1927 auf 12,8 gestiegen. Weit entfernt sei aber das Bild der immer mehr abnehmenden Geburtenziffern. Die Geburtenziffer ist von 20,3 bis 16,00 der

Bevölkerung im Jahre 1926 bis in der ersten Hälfte 1927 auf 19 pro 1000 zurückgegangen.

In der dem folgenden Aussprache wünschte der deutsche nationale Redner der Vorkonferenz über den Namen der Regenbogen- und Mischregierung.

Ein Zentrumsmittler verlangte, daß in allen Schulen Vorträge über das wichtige Gebiet der richtigen Ernährung einschließlich des Alkohol- und Nikotin-gehalten werden. Zu befehlen sei die Mischpropaganda.

(333. Sitzung.) t. Berlin, 10. Februar.

Auf zu Beginn der Sitzung der Frau. Frau (Nat.-Soz.) zur Geschäftsordnung gegen das Verbot der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Preußen spricht, wird er vom Präsidenten verwahrt, da diese Ausführungen nicht mit der Geschäftsordnung im Widerspruch stehen. Die Rede wird nicht weitergeführt, wird ihm das Wort erlassen. Außerdem wird er von der Sitzung ausgeschlossen. Damit wird die zweite Beratung des

Wohlfahrtsministeriums bei der weiteren Aussprache zum Schluß mit „Ministerium und Volksgesundheit“ fortgesetzt.

Herr Dr. von Reymann (Völk.) meint, es sei unangebracht, daß angesichts der fürchteren Not die Minister 37000 Mark Jahresgehalt beziehen und daß die Repräsentationsgehalt für die Staatsbediensteten um 250 Mark erhöht worden sind. Der Parlamentarismus habe sich auch bei der Volkswirtschaft als unzulänglich erwiesen.

Herr Frau Dr. Kläuser (Dem.) betont, daß das verarmte Arbeitervolk mehr leisten als die alte Elite. Die Arbeiterin empfiehlt im einzelnen u. a. noch Abschaffung der Schulpflichten, Förderung des Mißbrauchs und einseitige Befähigung der Volksschulen, insbesondere auch der Krebskrankheiten.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Reichsbankhaus für die Finanz.

Unter Vorhild des Oberpräsidenten von Bismarck und in Anwesenheit von Vertretern der Stadt, des Reiches, des Staates und der drei Wirtschaftskammern wurde in Schneidemühl die Stiftung des Reichsbankhauses der Grenzmark Posen-Westpreußen gegründet. Als Sitzungskapital wurden 5000 Mark gesetzt, wozu der Wert des Reichsbankhauses tritt. Mit dieser Stiftungsgeldung ist namentlich das Gebiet des Reiches an die Grenzmark Posen-Westpreußen für treue Deutschumsarbeit auch reichlich festgelegt.

Die Preussische Zentralgenossenschaftskasse. Vor einer Versammlung von Vertreter der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse (Preussische Kasse), Rechtsanwalt Kleyper, über die Entwicklung des Instituts. Kleyper wies darauf hin, daß die Preussische Kasse unabhängig von allen allgemein-wirtschaftspolitischen Vermittlungen vorgehen müsse. Die Preussische Kasse müsse einen genauen Überblick über die Realverhältnisse und die Verschuldungssituation erhalten. Auch müsse die Kapitalbasis der Preussische Kasse in einem vernünftigen Verhältnis zu dem Umfang der gewährten Kredite gebracht werden. Es sei deshalb sicher, daß sich die preussische Regierung zu einer Kapitalerhöhung der Preussische Kasse entschließen werde. In der Politik der Preussische Kasse müssen betriebswirtschaftliche Maßnahmen Anwendung finden. Bisher habe die Preussische Kasse keinen Überblick über den Anteil des Großgrundbesitzes und des mittleren Besitzes an den gewährten Krediten. In vielen Fällen hätten nicht einmal die einzelnen Genossenschaften einen genauen Überblick über die Kreditverhältnisse.

Aufgründung des Vermögenswachses. Der Reichsfinanzminister hat auf eine Anfrage mitgeteilt, daß die Deutscher für die steuerliche Erfassung des seit Kriegsbeginn eingetretenen Vermögenswachses bis Ende dieses Monats zu erwarten ist. Der Generalausgang des Reichstages hat diese Deutscher gewünscht. Mit ihr wird das Ziel verfolgt, durch eine Sonderabgabe von den neu entstandenen oder gewachsenen Vermögen größeren Umfangs die Mittel zu beschaffen, die zur Versorgung der Kleinrentner erforderlich sind.

Flaggengesetz für Preußen. Die Regierungsparteien im Preussischen Landtag haben durch gemeinsamen Antrag einen Flaggengesetz über das Flagen durch öffentlich-rechtliche Körperschaften dem Landtag unterbreitet. Der Entwurf lautet: „Die Beflaggung der Dienstgebäude, der zum öffentlichen Gebrauch bestimmten Gebäude und sonstigen Einrichtungen der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der öffentlichen Straßen und Plätze gehört als Angelegenheit der Landeshoheit zu den öffentlichen Geschäften der allgemeinen Landesverwaltung. Das gleiche gilt in Ansehung der Schulgebäude für die Unterhaltsträger der nicht vom Staat allein unterhaltenen öffentlichen Schulen. Auch das Flagen durch die übrigen Körperschaften des öffentlichen Rechts unterliegt der Bestimmung durch das Staatsministerium.“ — In der Begründung wird Bezug genommen auf die Notverordnung vom August 1927 über die Beflaggung gemeindlicher Dienstgebäude, die auch auf andere Körperschaften ausgedehnt werden müsse.

Russland.

Sozialversicherungsgesetz für Landarbeiter. Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat das neue Gesetz über die Sozialversicherung der Landarbeiter beschlossen. Danach haben die bestehenden Renten sechs bis zehn Prozent des Lohnes der Landarbeiter als Versicherungssumme abzuführen. Bei der Versicherung der Landarbeitern ist der durch die Arbeitgeber zu zahlende Prozentsatz fast derselbe. Im Krankheitsfall erhält der Landarbeiter an Krankengeld zwei Drittel seines Lohnes und außerdem eine Naturalienunterstützung. Jede schwangere Arbeiterin erhält einen vierwöchigen Urlaub vor der Werdung und einen gleichen Urlaub nach der Entbindung. Für diese Zeit ist die Unterbringung auf zwei Drittel des Lohnes festgelegt, während bei der Geburt des Kindes außerdem eine einmalige Beihilfe in Höhe von 10 Rubel gewährt wird. Die gleiche Summe erhalte die Familie nach dem Tode des verstorbenen Ernährers. Ferner sind besondere Entschädigungen für Unglücksfälle, Invalidität usw. vorgesehen.

Rus. In- und Ausland.

Der In- und Ausland. Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen werden formal am Sonnabend eröffnet werden. Zu die Einzelgesprächen wird jedoch am Montag der kommenden Woche eingetreten werden.

Die Reichsregierung genehmigte eine Verordnung über Genehmigung der Reisen der Ausländer und Angehörigen von Familienangehörigen der Ausländer sowie eine Verordnung über Kapitalverbindungen für Unvolljährige zum Erwerb von Grundbesitz oder zur Vererbung bereits vorhandenen Grundbesitzes.

Stuttgart. Das Staatsministerium hat den Entwurf der neuen württembergischen Versorgungsordnung fertiggestellt und dem Landtag zur Genehmigung vorgelegt. Es wird berichtet, daß auf Grund des Beschlusses des Reiches von Weimar eine Handelsabordnung am 1. März Abreise verlassen werde, um eine Studienreise nach England, Deutschland, Frankreich und Belgien anzutreten.

Paris. Die Kammer hat nach einer Aussprache über die fünf vorliegenden Tagesordnungen die Vertrauensabstimmung der Reichsversammlung beschlossen und die Vertrauensabstimmung der Reichsversammlung beschlossen. Die Vertrauensabstimmung der Reichsversammlung wurde am 1. März Abreise verlassen, um eine Studienreise nach England, Deutschland, Frankreich und Belgien anzutreten.

Wien. Die Kammer hat nach einer Aussprache über die fünf vorliegenden Tagesordnungen die Vertrauensabstimmung der Reichsversammlung beschlossen und die Vertrauensabstimmung der Reichsversammlung beschlossen. Die Vertrauensabstimmung der Reichsversammlung wurde am 1. März Abreise verlassen, um eine Studienreise nach England, Deutschland, Frankreich und Belgien anzutreten.

Wien. Die Kammer hat nach einer Aussprache über die fünf vorliegenden Tagesordnungen die Vertrauensabstimmung der Reichsversammlung beschlossen und die Vertrauensabstimmung der Reichsversammlung beschlossen. Die Vertrauensabstimmung der Reichsversammlung wurde am 1. März Abreise verlassen, um eine Studienreise nach England, Deutschland, Frankreich und Belgien anzutreten.

Wien. Die Kammer hat nach einer Aussprache über die fünf vorliegenden Tagesordnungen die Vertrauensabstimmung der Reichsversammlung beschlossen und die Vertrauensabstimmung der Reichsversammlung beschlossen. Die Vertrauensabstimmung der Reichsversammlung wurde am 1. März Abreise verlassen, um eine Studienreise nach England, Deutschland, Frankreich und Belgien anzutreten.

Handwerk gegen Adhunderttag.

Wirtschaftliche Forderungen auf der Wurzburger Handwerksversammlung. Unter Leitung des Präsidenten Platen trat der Vorstand des Deutschen Handwerks und Generalsekretärs sowie der Reichsverbände des Deutschen Handwerks zu einer Sitzung zusammen. Schon umfänglich und sorgfältig wurden in einer Sitzung die Beschlüsse der Reichsversammlung angenommen.

Einzelne Forderungen haben die beruflichen Verbände gegen die Reichsregierung in den von der Regierung des Reiches und der Länder angebotenen oder von den Vertretern der Landwirtschaft geordneten Hilfsmitteln auch solche Maßnahmen feststellen müssen, die einseitig zugunsten des Handwerkes auszuführen müssen. Die Reichsregierung, in der sich gegenwärtig die deutsche Landwirtschaft befindet, verlangt die weitestgehende Unterstützung und dauernde Lösung der Landwirtschaft. Die von der Reichsregierung in Aussicht genommene Regulierung des ausländischen Marktes für Vieh und Fleisch ist ein weiterer Schritt in dieser Richtung. Die von der Reichsregierung in Aussicht genommene Regulierung der Landwirtschaft ist eine unannehmliche Verbindung von Erzeuger und Verbraucher können für die Handwerkswirtschaft nicht ohne ernste Folgen sein. Das Handwerk darf nicht einseitig dem Landbau gegenübergestellt werden, sondern eine gleichberechtigte Stellung in der Produktion und in der Preisstellung der vor dem Handwerk der Wiederherstellung beteiligten Wirtschaftskreise. Mit der Landwirtschaft ist die südliche gewerbliche Wirtschaft des Handwerks einer in vielen Hinsichten vertieften Wirtschaft und Sozialpolitik der Landwirtschaft.

Einmal zu weitgehende sozialpolitische Verantwortung verbindet den Handwerker daran, die Arbeitszeit den Bestimmungen des Handwerksvertrages anzupassen. Auf finanziellen Gebiete ist eine weitgehende Vereinfachung der Gesetzgebung und Verwaltung zu erreichen mit dem Ziel der Stärkung des Selbstverantwortungsgefühls aller Teile der öffentlichen Verwaltung und der Erhebung zu einer klaren Sozialpolitik, um den Abbau der Gesamtbelastung, vor allem der arbeitslosen überhöhten Reallohn zu ermöglichen.

In der Kreditfrage erwartet das Handwerk, daß endlich an Stelle einer systemlosen Politik von Kreditbeschränkung von Fall zu Fall die seit langem von ihm geforderte Forderung nach einer einheitlichen einheitlichen und geschlossenen Kreditorganisation, insbesondere unter Errichtung eines Reichskreditinstituts, erfüllt werde. Die berufliche Vertretung des Handwerks verlangt die Vergebung aller öffentlichen Arbeiten und Lieferungen unter tatsächlicher Bestimmung des Inhalts und des Sinnes der Reichsverbandsordnung bei den Verbänden des Reiches, der Länder und der Gemeinden unter angemeßener Beteiligung des Handwerks.

Zur Befreiung des Innenmarktes ist vor allem eine gesunde Währungsreform nötig. Als Voraussetzung hierfür erscheint die baldige Aushebung der Vermögenswachsgesetzgebung, insbesondere der Befreiung eines geschlossenen Kreislaufes in ausreichendem Umfang, unerlässlich. Des weiteren darf sie es für unbedingt erforderlich, daß die Hauszinssteuer, die in erheblichem Umfang zu einer fiskalischen Steuer geworden ist, ihrer ursprünglichen Bestimmung wieder zugeführt wird und ihr Ertrag lediglich zur Förderung der Neubautätigkeit auf dem Wohnungsmarkt verwendet wird.

17 Tote bei einem Straßenbahnunglück.

Der Straßenbahnführer irrtümlich geworden. In der Gegend von Dredenbush hat sich ein Teil eines Straßenbahnzuges der Straßenbahngesellschaft Nord et Vorrain losgelöst und ist mit einem von Dredenbush kommenden Straßenbahnwagen an einer Überführung zusammengestoßen. Man bezifferte 17 Tote und zahlreiche Verletzte, die in verschiedenen Krankenhäusern der Gegend untergebracht worden sind. Der Straßenbahnführer hat die Flucht ergriffen, er scheint irrtümlich geworden zu sein.

Neue Lombardschwindelerei.

Das Warenkaufhaus des Expreßers. Die Diebstahlschwindelerei des Inhabers des Berliner Lombardkaufhauses Bergmann hatten die Berliner Kriminalpolizei veranlaßt, sich auch andere Unternehmungen dieser Art näher anzusehen, und der Verdacht, daß in einigen von ihnen nicht alles mit rechten Dingen zugeht, hat sich in zwei Fällen bestätigt.

Eines der betamtenen Berliner Lombardkaufhäuser, die „Lombardbank und Lagergeschäft G. m. b. H.“, deren Inhaber der Kaufmann Max G. Schlemm ist, wurde polizeilich geschlossen; sämtliche Geschäftsbücher wurden beschlagnahmt. Gleichzeitig wurde Konturs eröffnet.

Torgauer Ausstellung für Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft

vom 12. bis 20. Mai 1928 (Himmelfahrtswoche).

Wiederschluß für Aussteller 29. Februar. Näheres durch Stadtverordneten-Vorsteher Koth, Torgau, Bahnhofstraße 1 (Fernruf 165).

Die Frühjahrs-Zuchtvieh-Bersteigerungen

der Jüchterverbände der Provinz Sachsen finden in Torgau in der Ausstellungswoche auf dem Ausstellungsgelände statt.



was wir Ihnen vor acht Tagen an dieser Stelle auseinandersetzen? Würde es Ihnen klar, daß ein moderner Mensch ein Motorrad besitzen muß, daß es höchste Zeit wird, Ihr Leben frei und unabhängig zu gestalten?

Die Frage, warum nur **DKW** für Sie in Betracht kommen kann, beantwortet sich eigentlich durch einen einzigen Satz:

Zu gleichem Preise erhalten Sie kein anderes gleichwertiges Motorrad! Den Beweis des niedrigen Preises erhalten Sie durch Einholung einiger Konkurrenzofferten. Bezüglich der überlegenen Eigenschaften des **DKW**-Motorrades bitten wir Sie, folgendes zu bedenken:

DKW hat die größte Serienfabrikation von 150 und mehr Stück pro Tag, die größte Produktion des Kontinents.

DKW bringt die Erfahrungen von 140 000 in aller Welt laufenden Motoren in sich.

DKW hat den größten Export sämtl. deutscher Motorradfabriken.

DKW hat also das alte Märchen von englischer Ueberlegenheit aus der Welt geschafft.

DKW hat einen über ganz Deutschland ausgebreiteten Hilfsstellen-

dienst; überall preiswerte Ersatzteile gleich zur Hand.

DKW gewinnt fast alle Rennen, über 1000 Siege in 3 Jahren.

DKW-Motoren arbeiten nach dem Zweitakt-System, also ohne empfindliche und kraftraubende Ventile.

DKW-Zweitakter ist daher zuverlässiger und einfacher in der Bedienung als der Viertakter.

DKW allein hat Turboventilator-

kühlung, kennt daher kein Heißlaufen.

DKW ist auch teureren Maschinen hinsichtlich Fahreigenschaften überlegen.

Von der Richtigkeit unserer letzten Behauptung werden Sie sich am besten durch eine Probefahrt bei unserem Vertreter überzeugen können. Wenn Sie nacheinander verschiedene Fabrikate fahren, werden Sie feststellen, daß Sie auf keinem anderen Motorrad so stoßfrei sitzen, so erschütterungslos und sicher auch auf schmierigsten Straßen fahren!

Wir verlangen also gar nicht, daß Sie blindlings **DKW** kaufen, wir wissen, daß Sie nach Prüfung verschiedener Fabrikate sich zwangsläufig für **DKW** entscheiden werden.

In weiteren 8 Tagen folgen Modelle und Preise.

Zschopauer Motorenwerke
J. S. Rasmussen A.-G. / Zschopau Sa.

Vertreter: **Hermann Danneil**
Motofahrzeuge — Reparaturwerkstatt — Fahrschule
Prettin a. E. Fernruf 38.

DKW

Konfirmanden - Kleider
Konfirmanden-Anzüge
wieder in schöner Auswahl
Carl Petzold.

Neues Städtebund-Theater

Leitung: Herbert Heller und Fritz Wilde.
Goldener Ring :: Annaburg
Sonntag, den 12. Februar, abends 8 Uhr:

Der Bettelstudent.

Große historische Kostümpopette von Carl Müllers.
Beginn des Vorverkaufs: Donnerstag ab 7 Uhr
abends im Goldenen Ring zu den bekannten Preisen.

Prima Räucherlachs

frisch eingetroffen
empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Schrankpapier,

gemüßert, empfiehlt
Herm. Steubeiß.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steubeiß, Annaburg

Den zarten Tönen
Kunstseiderer Sachen
gibt **Persil**
neue Frische und
neuen Glanz!



Man drückt das Wäschestück in kalter Persillauge leicht aus und spült gleichfalls in kaltem Wasser, dem man zur Auffrischung der Farben etwas Küchenessig beigt.

So einfach ist das Waschen!

Persil bleibt Persil!

Zur Konfirmation!

Lindener Samt in allen Farben
Kleiderstoffe in Rips, Popeline, Epingle
Seide in Eolienne, crêpe de chine, Veloutine
in grosser Auswahl

Carl Quehl.

Kanarienfutter

empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Waldhof zur Kleinbahn.
Sonnabend u. Sonntag
Bratfisch mit Salat.

Dazu
Unterhaltungsmusik.
Freundlichst ladet ein
Wilh. Freidant.

Vöben.

Am 12. u. 13. Februar,
Fastnachten,
wogu freundlichst einladet
Pölmann.

Beamten-Ortsstartell
des D. V. S.
Dienstag, den 14. Febr.,
abends 8 Uhr
Hauptversammlung
in Stadt Berlin.

Naundorf.

Sonntag d. 12. und Montag d. 13. Febr.

Fastnachtsfeier

An beiden Tagen: **Ballmusik.**
Es ladet freundlichst ein
Gustav Krüger.

Col. Naundorf.

Sonntag, den 12. und Montag, den 13. Februar:

Fastnachten.

An beiden Tagen: **Tanzmusik.**
Es ladet freundlichst ein
Fr. Nilus.

Naundorf.

Sonntag d. 12. und Montag d. 13. Febr.

Fastnachten.

An beiden Tagen: **Tanzmusik.**
Es ladet freundlichst ein
Paul Müller.



Dienstag, d. 14. Febr.,
1/2 9 Uhr bei Kam. Dubro in Stadt Berlin.

Tanz-Unterricht!

Hotel „Waldschlößchen“ Annaburg.
Die nächste Tanzstunde am Mittwoch, den
15. Februar, abends von 8 bis 10 Uhr. Anmel-
dungen von Damen und Herren noch erbeten.

Anny Langer, Tanzlehrerin.
NB. Der Herbst-Kursus fällt in diesem Jahre aus.

Hotel zum Waldschlößchen.

Dienstag, den 14. Februar 1928
Fastnachten

mit **Unterhaltungsmusik.** Für Speisen
und Getränke ist bestens geforgt.
Es ladet freundl. ein
C. Kleinborg.

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nach 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zustellboten und die Geschäftsstelle, Zörgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersichtlicher Anzeichen auf Verzögerung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Ämtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Einzelgebühren betragen für den 1. Meter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einseitig umhüllter, schwarzer, und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezahle.

Fernsprechkreis Nr. 224.

Nr. 19.

Sonnabend, den 11. Februar 1928.

31. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Reichspräsident von Hindenburg richtete an Reichskanzler Dr. Marx einen Brief, in dem er seine Bedenken gegen eine vorzeitige Auflösung des Reichstages ausdrückte.
- * Vor dem Hausparlament des Reichstages legte der neue Reichswehrminister Görner seine Vorschläge über die Reichswehr und ihre zukünftige Entwicklung dar.
- * In Dödenhofen wurden bei einem Straßenbahnunfall 17 Personen getötet.
- * Im Englischen Unterhaus erklärte ein Regierungsvertreter, England würde eine baldige Vereinbarung zur Räumung des Rheinlandes begehren.
- * In Norwegen fanden mehrere Erdstöße statt, eine Anzahl kleinerer Gebäude wurde zerstört.

Der Reichspräsident an Marx.

Für Erledigung der dringenden Aufgaben.

In die noch immer andauernde innere Spannung hat nunmehr Reichspräsident von Hindenburg eingegriffen, als er einen Brief an den Reichskanzler Marx richtete, in dem Hindenburg seine eigenen Bedenken gegen eine baldige Reichstagsauflösung ausdrückte. Folgendes ist über den Inhalt des Schriftstückes mitgeteilt:

Der Reichspräsident weiß darauf hin, daß die Regierungskoalition zur Lösung bestimmter Aufgaben gebildet worden ist und daß es wünschenswert wäre, wenn diese Probleme noch vor der Auflösung des Reichstages erledigt werden könnten. Der Reichspräsident erklärt, er sei der Meinung, daß eine Auflösung des Reichstages auf jeden Fall vermieden werden müsse, da die wichtigsten parlamentarischen Aufgaben: Verabschiedung des Etats und des Nachtragsstats, die dringende Lösung der mit der Agrarkrise zusammenhängenden Fragen, die Verabschiedung des Liquidationsgesetzes und der Reform des Strafrechtlichen des Fortdauer des jetzt laufenden Reichstages notwendig machen. Eine Auflösung des Reichstages würde die umfangreichen Vorarbeiten, die für alle diese Gesetzentwürfe getätigt seien, zum großen Teil nutzlos machen und außerdem würde fraglos als Folge eine Verschärfung der innenpolitischen Situation eintreten.

Das Bekanntwerden dieses Briefes hat bei sämtlichen Parteien bedeutendes Aufsehen hervorgerufen und der Eindruck in der Öffentlichkeit dürfte nicht geringer sein. Schon einmal, und zwar im Januar 1927, trat der Reichspräsident mit einem ähnlichen Schritt hervor. Damals bei den Werten um die Regierungsbildung richtete Hindenburg an den jetzigen Reichskanzler das Ersuchen, die Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit der bürgerlichen Parteien des Reichstages mit Unterstützung der bürgerlichen Parteien zu übernehmen. Es kam dann auch bald nachher die Bildung des jetzigen Kabinetts zustande.

Die parlamentarische Lage.

Die Führer der Regierungsparteien wurden durch den Reichskanzler von dem Brief des Reichspräsidenten unterrichtet. Wie man annimmt, ist deshalb in der Donnerstagssitzung der Zentrumsfraktion auch sein Beschluß gefaßt worden, weil man sich einer neuen Situation gegenüber sah. Freitag war der Interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien durch den Grafen Westphal einberufen und in hoffnungsvollen Kreisen nahm man an, daß vielleicht hier schon eine Entscheidung zustande kommen werde.

Die Sitzung der Zentrumsfraktion wurde abermals verschoben, und zwar auf Freitag nachmittags. Weiter aber wollte man wissen, daß die vorkonstitutionelle Fraktion die Abgeordneten Scholz und Kunkel beauftragt habe, in der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses mitzuteilen, daß neue Kompromissvorschlüsse die vorkonstitutionellen Beschlässe, an ihrer Haltung in den Schlußfragen festzuhalten, nicht mehr ändern können. Andererseits wollten die Deutschnationalen, dem Vernehmen nach, jede Verschiebung der Krisenlösung vermeiden sehen.

Deutschnationale Vermittlungsvorschläge.

Die von deutschnationaler Seite versuchte Vermittlung soll in einem Vorschlag bestehen, nach dem in den Simultanverhandlungen Dänen und Polen private konfessionelle Schulen mit staatlicher Hilfe errichtet werden können. Das Zentrum soll diesen Vorschlag als diskussionsfähig bezeichnen, wenn ausgeschlossen werde, daß die staatliche Unterstützung für solche konfessionellen Schulen

gewährt werden müsse, aus der Deutschen Volkspartei soll man aber gekümmert haben, auch ein solcher Plan ändere nichts an ihrer Stellung.
Ob und inwiefern der Brief des Reichspräsidenten Wirkung auf die Parteien haben wird, war am Freitagabend noch nicht abzusehen.

Programmativische Erklärungen des Reichswehrministers.

Reichswehr und Staat.

Im Hausparlament des Reichstages führte Reichswehrminister Dr. Görner aus, er werde sich zunächst bemühen, in das zukünftige Leben der Reichswehr einzubringen, die Eigenart der uns ausgeprägten Organisations zu studieren. Wir können keine Kriegsführung großen Stils mit unserem 100.000-Mann-Stab bei plötzlicher Dienstzeit mehr machen, und so komme ich dem Angehörigen durchaus zu dem, was er über den unangenehmen Ruf nach Sicherheit ausgesprochen hat. Ich sehe also

im Sinne einer neuen Umgestaltung. Wir werden alles tun, um die Grenzen zu schieben, um in Zeiten politischer Spannung die Neutralität sicherzustellen, damit unsere Volkstugend für ihre Tüchtigkeit hat und damit wir die Sicherheit gegen Grenzübertreffe jeder Art besitzen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, muß unter hiesigen Verhältnissen eine große Schlagkraft und Wandfertigkeit bestehen. Über die Aufgaben im Innern des Staates möchte ich, so erkläre der Minister, bemerken, daß ich wünschen möchte, daß die Zeit der inneren Erregung abgelaufen ist und die Reichswehr nicht mehr in eine innere Bewegung einbezogen werde. Aber so unerwünscht ein Eingreifen im Innern ist, so muß die Reichswehr doch unter allen Umständen bereit sein und die Sicherheit geben, daß

nirgend es mangelt, an einem Umsturz zu denken. Die Reichswehr ist ein Instrument der verfassungsmäßigen Regierung und der Verfassung. Wir wollen das Vertrauen der Bevölkerung in weitem Maße besitzen. Wir werden dem Staat und seinen Symbolen die größte Achtung und Ehrerbietung entgegenbringen. Ich werde nicht dulden, daß gegen dieses rechtsverständliche Gesetz verstoßen wird.

Die Tradition sehe ich nicht in Außerachtelung. Ich sehe sie vielmehr, wie das heißt, in jedem Angehörigen der Reichswehr, daß er die Vergangenheit ehrt, daß er die Taten der Väter und die Ehre des deutschen Volkes auch in der Vergangenheit hoch hält. Das alte Heer genoss im Vaterlande und in der ganzen Welt großes Ansehen. Wäre es richtig, daß wir die Taten unseres glänzenden Kriegsinstrumentes geringer als unsere Väter einstufeten? Ich bin der Meinung, daß wir die Taten, die uns mit der Vergangenheit und dem alten Heere verbinden, pflegen müssen. Ein Sinnnehmen der Reichswehr in

den parlamentarischen Gebieten ist unmöglich. Eine Verfassung nach parteipolitischen Rücksichten müssen wir scharf zurückweisen. Was wir als Führer brauchen, sind Köpfe mit politischem Verständnis und mit politischem Takt. In diesem Sinne ist in den letzten Jahren bereits vieles besser geworden. Die Reichswehr hat sich bemüht, den politischen Takt zu üben. Leider begegnete man einer gewissen

Reichswehrneutralität

bei der Presse. Kritik ist wünschenswert, aber sie muß sachlich und gerecht sein. Wie das alte Heer ein hartes Band der Reichswehr war, so werde hoffentlich auch die Reichswehr ein solches hartes Band bleiben. Wir haben keine heimlichen Absichten. Unser größter Wunsch ist

aus der politischen Dreiecke herauszukommen.

Von der Truppe selbst habe ich den besten Eindruck gewonnen; aber selbstverständlich muß ich mich über die Einzelheiten noch unterrichten, namentlich was es mit dem Rekrutierungsmaterial, mit der Bewaffnung und mit der Ausbildung ist. Bei dem gegenwärtigen großen Angebot an Menschen liegt die Gefahr vor, daß man manchmal nach der einen oder anderen Seite schaut. Die körperlichen und geistigen Fähigkeiten eines modernen Soldaten müssen hoch entwickelt sein. Krüher hieß es nur Drill. Der Minister bekräftigt dann die Ausbildungs-, Erziehungs- und Versorgungsfragen bei der Reichswehr. Es sei zu hoffen, daß die Zukunftspläne mehr und mehr verwirklicht werden. Der Minister erklärt weiter: Wir wollen uns abhüten

lohnend dem Staat und seinen verfassungsmäßigen Organen zur Verfügung stellen.
Anschließend zum Reichswehrminister Görner auf die Rhöndis-Angelegenheit

zu sprechen. Er berichtete hierüber, daß Kapitän Bohmann aus einem Sondermittelfonds zunächst 1 1/2 Millionen Mark der Rhöndis-Gesellschaft zur Verfügung gestellt, seinen Vorkosten aber nicht geltend habe, um die Sache möglichst geheimzubalten. Mit dem Mittel sollte der Kampf gegen Versailles durch den Film unterstützt werden. Später ist der

Kredit an die Rhöndis noch erhöht worden. Der Minister betonte zum Schluß, daß keinerlei Sondermittel mehr zur Verfügung stehen. Für die Zukunft sehe er dafür ein, daß beratende Gänge von illegaler Selbständigkeit nicht mehr vorkommen.

Englischer Standpunkt zur Rheinlandräumung.

Baldige Vereinbarung in England willkommen.
Der Arbeiterabgeordnete Burton richtete im Unterhause die Anfrage an die Regierung, ob England nicht erwägen wolle, gegenüber der Tatsache, daß die deutsch-französische Grenze durch den Locarno-Vertrag garantiert werde, die Zurückziehung der englischen Truppen aus dem Rheinland vorzunehmen.

Unterstaatssekretär des Auswärtigen Lord Lampton erklärte in seiner Antwort, es sei von einer vereinbarten Zurückziehung der britischen Truppen, die unter den gegenwärtigen Umständen seiner Ansicht nach keinen Vorteil zeitigen werde, nicht die Rede gewesen. Eine allgemeine Räumung des Rheinlandes vor der im Vertrag von Versailles niedergelegten Zeit könne nur das Ergebnis einer Vereinbarung zwischen den Mächten einerseits und der deutschen Regierung andererseits sein. Wenn eine solche Vereinbarung möglich wäre, so würde sie der britischen Regierung sehr willkommen sein. Zweifel an dem Wert der Locarno-Verträge kämen aus der bisher beschaffenen Truppenbesetzung nicht gegen.

Weiter antwortete Lord Lampton auf eine Frage, die sich auf Kelloggs Erklärung hinsichtlich der Abschaffung der Unterseeboote bezog. Lord Lampton erklärte, der Standpunkt der britischen Regierung zugunsten einer allgemeinen Abschaffung der Unterseeboote sei bereits auf der Konferenz in Washington 1921 dargelegt und auf der letzten Marinemächtekonferenz in London 1922 wiederholt worden. Die wichtigste Vorbedingung für die Abschaffung der Unterseeboote sei die Erfüllung der

xrite colorchecker CLASSIC



(377. Sitzung.)
Die schuldige und wertvolle Arbeit, die dem Reichspräsidenten an dem Tag der feierlichen Eröffnung der Reichsversammlung zugetragen wurde, ist der Nation ein Vorbild, das die Aufmerksamkeit der Nation auf sich zieht. Die Reichsversammlung ist ein Instrument der Verfassungsmäßigen Regierung und der Verfassung. Wir wollen das Vertrauen der Bevölkerung in weitem Maße besitzen. Wir werden dem Staat und seinen Symbolen die größte Achtung und Ehrerbietung entgegenbringen. Ich werde nicht dulden, daß gegen dieses rechtsverständliche Gesetz verstoßen wird.

(378. Sitzung.)
Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Vorlage zur Änderung des Reichsmietengesetzes.
Nach der Vorlage sollen die Vorschriften des Reichsmietengesetzes keine Anwendung finden auf Mietverträge, die über frei geworbene oder frei werdende Räume nach dem 31. März 1928 auf mehr als zwei Jahre neu abgeschlossen werden und Wohnungen beziehen, die ausschließlich auf Geschäftszwecke oder auf solche Wohnungen beziehen, die, abgesehen von Küche, Bad, Klosett und Wannenabteilung, mit höchstens sechs Wohnräumen mit mindestens 100 Quadratmeter Wohnfläche haben. Dies gilt nicht im Falle des Zweifels, wenn die Mieter in die beiderseitigen Mietverhältnisse eintraten.
Abg. Ruhn (Zg.) hebt hervor, daß über den Entwurf selbst keine großen Meinungsverschiedenheiten bestehen. Das Gesetz ist aber sehr verbesserungsbedürftig. Der Mieter fände an, daß seine Freunde im Einklang mit der Senkung der Miete auf 100 Prozent und die Verminderung der Hauszinssteuer ausschließlich für den Wohnungsbau beantragt werden.